

# paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserzuschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 489 P

20. Januar 2013

38. Jahrgang

## Bezirksamt lässt BVV-Beschluss drei Jahre lang liegen! Entsetzen bei den Betroffenen

Mit der Verwendung des Wortes Skandal sollte man behutsam umgehen. Ein zu häufiger Einsatz lässt niemanden mehr aufhorchen, wenn von einem „Skandal“ die Rede ist. Aber die Vorgänge um die Kleingartenkolonie an der Sántisstraße in Marienfelde dürfen, ja müssen als geradezu perfekten Skandal bezeichnet und gewertet werden.



Auf eine mündliche Anfrage des Bezirksverordneten **Peter Rimpler** (CDU) in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg am 16.01.2013, die aus Zeitgründen nicht mehr mündlich, sondern später schriftlich beantwortet wurde, hat die für das Stadtentwicklungsamt verantwortliche Bezirksstadträtin **Dr. Sibyll Klotz** auf die Frage: „*Hält es das Bezirksamt – im Interesse einer bürgernahen Politik – für erforderlich, die sachlich und umfassend vom Vorsitzenden ‚Grüner Sántispark e.V.‘ vorgelegten Verfahrensabläufe und womögliche Verfahrensfehler (nachzulesen in PAPERPRESS Nr.*



*489) aufzuarbeiten und daraus ggf. Schlüsse zur weiteren Vorgehensweise zu ziehen?“*, u.a. folgende Antwort gegeben: „*Das Bezirksamt kann bei diesem durch die Verwaltung sehr intensiv bearbeiteten Vorgang ‚Kleingartenanlage Sántisstraße‘ keine möglichen Verfahrensfehler erkennen. Insbesondere deshalb, weil alle angefragten Stellen (Eisenbahnbundesamt/Senatsverwaltung/Rechtsamt) die durchgeführten Verfahrensabläufe des Bezirksamtes und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen bestätigt haben. Das Bezirksamt hat es jedoch bedauerlicherweise versäumt, die Drucksache 1326/XVIII (vom 17.2.2010, die Redaktion), mit der die BVV den Willen bekundet hat, die Kleingartenanlage zu erhalten, der Senatsverwaltung zu übersenden. Dies ist mittlerweile nachgeholt worden.*“

Das Bezirksamt gibt damit zu, dass sie den BVV-Beschluss zum Erhalt der Kolonie rund drei Jahre lang liegengelassen und somit ignoriert hat. Folglich hat es keine Initiativen im Sinne des BVV-Beschlusses weder gegenüber den Senatsverwaltungen, dem Grundstückseigentümer oder

den Kleingärtnerinnen und Kleingärtner gegeben. Im Gegenteil, stattdessen hat das Bezirksamt am 7.6.2010 und am 3.8.2012 Bauvorbescheide erlassen. Die Folgen sind nicht nur für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner erheblich. Sie könnten ihre Gärten verlieren. Und die umliegenden Einfamilienhaus- und Eigentumswohnungsbesitzer werden mit erheblichem LKW-Verkehr belastet.



**Andreas Schwager**, Vorsitzender des Vereines Grüner Sämtis-park e.V., ist entsetzt: „Das ist der Tiefpunkt, so etwas habe ich noch nicht erlebt. Alles was ich im Stadtentwicklungsausschuss vor rund acht Wochen ausgeführt habe, hat sich bestätigt. Für den BVV-Beschluss zum Erhalt der Kolonie waren die rund 250 Pächterinnen und Pächter, die vielen Angehörigen und viele, viele Kinder sehr dankbar. Hoffnung keimte auf, dass der Bezirk an der Seite der Kleingärtner steht. Was nach diesem Beschluss allerdings folgte, spottet jeder Beschreibung. Das Vorgehen des Stadtentwicklungsamtes Tempelhof-Schöneberg ist ein Schlag in das Gesicht der seit drei Jahren um den Erhalt der Kolonie kämpfenden Kleingärtnerinnen und Kleingärtner. Die Antwort, in

der das Bezirksamt ausführt, dass es in der Bearbeitung des Vorganges keine Verfahrensfehler erkennt, obwohl es anschließend das Ignorieren des BVV-Beschlusses zugibt, ist ein Hohn. Die Betroffenen glauben inzwischen niemanden mehr. Eine politische Katastrophe mit weit reichenden Folgen“, so **Andreas Schwager**.“



Foto: Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 14.11.2011 – Foto: Holger Schnaars

In der Tat ist die Antwort vor dem Hintergrund der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der BVV vom 14.11.2012, umso bemerkenswerter. In dieser Sitzung hat der Vorsitzende des Grünen Sämtis-park e.V. u.a. ausgeführt: „*Legen Sie hier allen dar, wie oft und in welcher Form sich ihre Abteilung (Stadtentwicklung, die Redaktion) mit dem Generalpächter, der Bahn-Landwirtschaft Berlin, in dieser Angelegenheit auseinandergesetzt hat. Und sagen sie uns doch auch noch gleich, wann und wie sich Ihre Abteilung im Sinne des BVV-Beschlusses für den Erhalt der Kolonie eingesetzt hat. Ich, und die vielen Bürgerinnen und Bürger die heute hier sind, sind darauf gespannt, was sie ihnen zu sagen haben. Wenn ich Bezirksverordneter wäre, würde mich das besonders interessieren*“.

Statt einer Antwort von **Sibyll Klotz** hat sie im Verlauf der Debatte dem Vorsitzenden des Vereines Grüner Sämtis-park e.V., **Andreas Schwager**, noch aufgefordert, dass er bitte fair sein solle. Von dem bedauerlichen Versäumnis keine Rede. **Kein Schuldeingeständnis, keine Entschuldigung, nichts.**

Ferner wurden die Bezirksverordneten von der Baugenehmigung für ein Logistikzentrum auf dem Nachbargrundstück der Kolonie in der Sämtisstraße 89 überrascht. Dort wird bereits gebaut, Fakten werden geschaffen. **Die seit Jahren geforderten Auflagen zur Vorlage von Lärm- und Ver-**

kehrsgutachten liegen bis heute nicht vor. Anwohnerinformationen haben ebenfalls nicht stattgefunden und alles an der BVV vorbei, trotz eines eindeutigen BVV-Beschlusses.

In dieser Sitzung sollte auch eine vierseitige Mitteilung zur Kenntnisnahme des Stadtentwicklungsamtes durch die Bezirksverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen und dadurch der Vorgang als erledigt abgehakt werden. Dazu kam es jedoch nicht, weil nachgewiesen wurde, dass diese Mitteilung für die Bezirksverordneten in vielen Teilen unrichtig war. **Der Stadtentwicklungsausschuss hat daraufhin die Mitteilung ausdrücklich nicht zur Kenntnis genommen.** Da stellt sich jetzt die Frage, ob Bezirksstadträtin Dr. Klotz zum Zeitpunkt der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss von dem seit drei Jahren liegen gelassenen BVV-Beschluss gewusst hat. Sollte hier etwa durch die kalte Küche ein Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung mal eben erledigt werden? Eine neue Mitteilung zur Kenntnisnahme wurde gegenüber Herrn Rimmler bereits angekündigt. Ein weiterer Versuch des Bezirksamtes diesen ungeliebten Vorgang endlich abzuschließen?

Das wirft die Frage nach der Verantwortung auf. Dabei ist es völlig unerheblich, ob durch die von der BVV geforderten Aktivitäten des Bezirksamtes die Kolonie hätte gerettet werden können, darüber kann man nur spekulieren. Aber gar nichts zu tun und stattdessen gegen den Beschluss der BVV zu agieren, noch Bauvorbescheide zu erteilen und ständig darauf zu verweisen, was alles nicht geht, ist ein einmaliger Vorgang, der Konsequenzen im Bezirksamt haben muss. Auch im Verhältnis zwischen Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung.

Das Bezirksamt verstößt mit diesem Verhalten eindeutig gegen das Bezirksverwaltungsgesetz. § 12 regelt die Zuständigkeiten der BVV. Demnach *bestimmt die Bezirksverordnetenversammlung die Grundlinien der Verwaltungspolitik des Bezirks im Rahmen der Rechtsvorschriften und der vom Senat oder den einzelnen Mitgliedern des Senats erlassenen Verwaltungsvorschriften. Sie regt Verwaltungshandeln an durch Empfehlungen und Ersuchen, kontrolliert die Führung der Geschäfte des Bezirksamts, entscheidet in den ihr vorbehaltenen Angelegenheiten und nimmt die in diesem Gesetz vorgesehenen Wahlen, Abberufungen und Feststellungen vor. Sie kann über alle Angelegenheiten vom Bezirksamt jederzeit Auskunft verlangen.*

§13 regelt die Empfehlungen und Ersuchen der Bezirksverordnetenversammlung. *Hat die Bezirksverordnetenversammlung eine Empfehlung oder ein Ersuchen an das Bezirksamt gerichtet, so hat das Bezirksamt seine Maßnahmen der Bezirksverordnetenversammlung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Soweit dem angeregten Verwaltungshandeln nicht entsprochen wird, hat das Bezirksamt die Gründe dafür mitzuteilen. Maßnahmen, die dem angeregten Verwaltungshandeln nicht voll entsprechen, sind nicht vor Kenntnisnahme durch die Bezirksverordnetenversammlung zu vollziehen. Der Absatz 3 regelt darüber hinaus, dass in allen Angelegenheiten, die für den Bezirk von Bedeutung sind, deren Erledigung aber nicht in die bezirkliche Zuständigkeit fällt, die Bezirksverordnetenversammlung Empfehlungen aussprechen kann; dazu können die Bezirksverordnetenversammlung oder ihre Ausschüsse von den zuständigen Stellen die erforderlichen Auskünfte verlangen. Das Bezirksamt setzt sich bei den zuständigen Stellen für die Verwirklichung der Empfehlung ein und unterrichtet die Bezirksverordnetenversammlung über das Ergebnis.*

Das ist wohl eindeutig. Es reicht. Ein Weiter so darf und kann es in dieser Angelegenheit nicht mehr geben. Bezirksstadträtin Dr. Klotz ist jetzt gefordert und die Bezirksverordneten sollten sich vom Bezirksamt nicht länger verarschen lassen. Es muss endlich alles auf den Tisch! Dass sind alle Beteiligten den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Nur durch den organisierten Widerstand der Pächterinnen und Pächter ist es seit 2010 gelungen, die Kolonie zu erhalten. Auch in diesem Jahr werden sie vom Frühling bis zum Herbst auf ihren Parzellen sein können. Dafür bedanken können sie sich ausschließlich bei sich selbst, aber nicht beim Bezirksamt.



Kommen wir zum Schluss noch einmal zu den Verantwortlichen. Zuständiger Bezirksstadtrat war seinerzeit **Bernd Krömer** (CDU) (Foto), jetzt Staatssekretär in der Innenverwaltung. **Sibyll Klotz** kann sich allerdings nur bedingt der Verantwortung entziehen. Als sie Ende 2011 ihr neues Amt übernommen hat, hätte sie sich um alle offenen und ungeklärten Fragen kümmern müssen. Krömer trägt die Verantwortung dafür, dass bis Ende 2011 nichts geschehen ist. Verantwortlich ist seit über einem Jahr aber Frau Dr. Klotz. Und was ist mit den leitenden Mitarbeitern im Stadtentwicklungsamt? Der Leiter des Stadtentwicklungsamtes, **Siegmund Kroll**, hat den politischen Wechsel von CDU zu Grünen unbeschadet überstanden. Das kann man von dem Fachbereichsleiter Stadtplanung, **Andreas Baldow**, nicht sagen. Er wurde von **Bernd Krömer** eingestellt und von **Sibyll Klotz** übernommen. Seit dem 7. Januar 2013 gibt es allerdings ein neues Organigramm des Stadtentwicklungsamtes. Aus diesem erfahren wir, dass jetzt **Siegmund Kroll** in Personalunion auch dem Fachbereich Stadtplanung vorsteht und **Andreas Baldow** nun lediglich eine der drei Arbeitsgruppen des Fachbereichs leitet, städtebauliche Entwürfe, planungsrechtliche Bauberatung. Vor Baldows Berufung durch Krömer hatte Kroll schon das Stadtentwicklungsamt und den Fachbereich Stadtplanung gleichzeitig geleitet.

Ob die Degradierung Baldows mit den Vorgängen um die Kolonie in der Sântisstraße in Verbindung steht, ist nicht bekannt. Und natürlich hat es auch nichts damit zu tun, dass Baldow der CDU angehört. Man stelle sich nur vor, Krömer hätte in seiner Amtszeit einen den Grünen nahe stehenden Mitarbeiter degradiert, da hätte es bestimmt eine Sonderausgabe des Kampfblattes „Stichel“ gegeben.

**Red.**